



Beschluss des Parteivorstands am 15.03.2021

1 **Kultur stärken!**

2 **Die Corona-Krise bewältigen und neue Impulse geben**

3 Viele Fragen, die uns gesellschaftlich derzeit bewegen, sind im Kern kulturelle Fragen.
4 Kulturpolitik ist für uns daher Gesellschaftspolitik. Sie nimmt Kunst und Kultur als
5 gesellschaftliche und ästhetische Arbeit am Sinn unseres Zusammenlebens ernst und versteht
6 die Angebote von kulturellen Institutionen und Künstler*innen als öffentlichen Raum, in dem
7 die Werte unserer Gesellschaft verhandelt. Sozialdemokratische Kulturpolitik ist
8 wertorientiert. Sie sichert die Bedingungen der unbedingten Freiheit von Kunst und Kultur.

9 Diese Freiheit wird zunehmend unter Druck gesetzt. Wir bieten den Künstler*innen und
10 Kreativen ein kulturelles Bündnis an, das einerseits die Kunst und die Vielfalt künstlerischen
11 Arbeitens schützt und andererseits die Strukturen und Räume kultureller Produktion sichert und
12 weiterentwickelt.

13 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Kultur hart getroffenen. Künstlerinnen,
14 Künstler und Kreative sind in ihren Arbeitsmöglichkeiten teilweise extrem eingeschränkt. Dem
15 Publikum sind etliche Kulturrorte nach wie vor verschlossen. Der gesellschaftliche Verlust ist
16 enorm – wir stehen politisch in der Verantwortung, ihn abzufedern und den Neustart des
17 kulturellen Lebens im Land zu fördern. Das hat nicht nur eine materielle Dimension. Kunst und
18 Kultur sind weit mehr als Freizeitangebote – sie sind konkrete Aufklärung in einer modernen
19 Gesellschaft.

20 Angesichts der aktuell vielfältigen Veränderungen streben wir Aufbruch hin zu einem neuen
21 Kulturkonsens über die Aufgaben und Verfahren der Kulturpolitik an, bei dessen Aushandlung
22 wir die kreativen, kritischen, innovativen und verbindenden Kräfte von Kunst und Kultur zur
23 Grundlage machen wollen. Dazu gehört auch, dass wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz
24 verankern wollen. Die Künste sind eine wesentliche Werte-, Identitäts- und Dialogressource und
25 für den Zusammenhalt in der Demokratie unverzichtbar.

26 **Perspektiven der Kulturförderung**

27 Kulturpolitik muss in den kommenden Jahren tiefgreifende Veränderungsprozesse gestalten.
28 Wir müssen es auch angesichts der Corona-Krise schaffen, sowohl die bestehenden und
29 reichhaltigen kulturellen Infrastrukturen aufrechtzuerhalten als auch die Produktion
30 künstlerischer und kultureller Inhalte zu ermöglichen. Dazu müssen wir verstärkt die Lebens-
31 und Arbeitsbedingungen von Künstler*innen in den Blick nehmen. Entscheidend dafür ist die
32 Gesetzgebung des Bundes, die „kulturförderlich“ zu gestalten ist. Die sich verändernden
33 kulturellen Wertschöpfungsketten bedürfen einer zeitgemäßen „kulturellen Ordnungspolitik“,
34 etwa in den Bereichen Steuerrecht, Urheberrecht oder Künstlersozialversicherung. Wir wollen
35 eine Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken hin zu inhaltlich strukturbildenden
36 Maßnahmen und Impulsen. Die Kulturstiftung des Bundes und viele Förderfonds haben sich hier
37 als beispielhaft erwiesen, indem sie unter Wahrung der Kunstfreiheit Themen wie
38 Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, Integration sowie Anti-

39 Rassismus und Anti-Diskriminierung mit Kunstproduktion verzahnt und gefördert haben. Wir
40 wollen mit entsprechenden Initiativen die Relevanz von Kunst und Kultur stärken.

41 Kooperativer Kulturföderalismus

42 Kulturpolitik ist vorrangig eine Sache der Länder und Kommunen, in ihrer Hoheit liegt der
43 Großteil all jener Kulturinstitutionen, die das Leben der Menschen vor Ort bestimmen. Aufgabe
44 der Bundeskulturpolitik muss es sein, die Städte und Gemeinden bei diesen Aufgaben zu
45 unterstützen – insbesondere wenn es um den Erhalt der kulturellen Infrastrukturen und des
46 kulturellen Erbes, die Bedingungen künstlerischen Arbeitens und die Freiheit unserer
47 Gesellschaft geht. Wir wollen den kooperativen Kulturföderalismus mit Leben füllen – nicht mit
48 abstrakten Institutionendebatten, sondern mit konkreter und zugewandter Kooperation im
49 Sinne der Kunst.

50 Unser Ziel ist es, bundespolitische Kultur-Initiativen besser mit den jeweiligen regionalen
51 Gegebenheiten abzustimmen und nach Möglichkeit so eng zu verzahnen, dass Bund, Länder und
52 Kommunen effektiv gemeinsam statt nebeneinander an der Stärkung der Kultur arbeiten. Wir
53 wollen die kulturpolitischen Spitzengespräche zu einem bundesweiten Kulturplenum
54 weiterentwickeln, in dem neben Kommunen, Ländern und Bund (BKM, AA) auch
55 Kulturakteur*innen und -verbände sowie Vertreter*innen der Zivilgesellschaft vertreten sind.
56 Hier soll ein „Zukunftsdialog Kultur“ organisiert werden, in dem Herausforderungen strategisch
57 bearbeitet werden. Wir wollen den Stellenwert der Kultur auch dadurch sichern, dass der
58 Beauftragte für Kultur und Medien im Kanzleramt Ministerrang erhält.

59 Kulturstaat Deutschland

60 Zu einer attraktiven Gesellschaft gehört eine vielfältige und lebendige Kunst- und Kultur-
61 Landschaft. Wir können in Deutschland stolz sein auf unsere Theater, unsere Orchester, unsere
62 Museen, unsere Festivals und unsere vielfältige Freie Szene. Es ist eine gesamtstaatliche
63 Aufgabe, die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit in Deutschland Kunst auf höchstem
64 Niveau entstehen kann und Kultureinrichtungen allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen.
65 Eine entscheidende Aufgabe wird sein, die Kommunen auch finanziell dauerhaft in die Lage zu
66 versetzen, Kunst und Kultur aus eigener Kraft zu fördern. Wir werden insbesondere die Museen,
67 Theater und soziokulturellen Zentren als Räume für öffentliche Debatten stärken. Auch die Club-
68 und Musikszene gehört für uns zum kulturellen Leben und hat einen Anspruch auf
69 kulturpolitische Unterstützung.

70 Wir werden dabei helfen, dass der Kultur die notwendigen Räume gesichert werden können –
71 auch in den Städten und Gemeinden, in denen der Immobilienwertungsdruck immer weiter
72 zunimmt. Wir werden Programme auflegen, mit denen kulturelle Freiräume sowohl in den
73 Städten als auch in den ländlichen Räumen gesichert und entwickelt werden können. Wir wollen
74 kreative Räume entwickeln, Zwischennutzungen verbindlicher ermöglichen und die Sichtbarkeit
75 und Wahrnehmbarkeit von Kunst im öffentlichen Raum stärken. Wir werden prüfen, inwiefern
76 auch der Bund durch entsprechende rechtliche und fördernde Initiativen bedrohte Kulturräume
77 wie Kinos, Stadtteilzentren oder Musikclubs sichern kann.

78 Wir wollen öffentliche Bibliotheken – ebenso wie soziokulturelle Zentren in den Stadtteilen – als
79 die dringend benötigten und in den Quartieren erreichbaren sog. „dritten Orte“ stärken, die
80 zwischen Arbeitsplatz und eigener Wohnung Begegnung in Gemeinschaft ermöglichen. Wir
81 wollen die kulturellen Infrastrukturen überall im Land stärken. Die Vielfalt der kulturellen
82 Angebote in den Regionen und gerade auch im ländlichen Raum trägt zur Lebensqualität bei.
83 Hier wird auch die Bundeskulturpolitik weitere Impulse setzen

84 Wir wollen eine Reform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz erreichen, durch die diese
85 herausragende kulturelle und wissenschaftliche Institution auch in der Organisation und
86 Präsentation dem Weltrang ihrer Sammlungen entspricht. Wir sehen den Bund hier besonders
87 in der Verantwortung, gemeinsam mit den Ländern zügig eine gesamtstaatliche Perspektive zu
88 entwickeln, die nicht nur die Infrastrukturen, sondern v.a. den Betrieb der Stiftung in den Blick
89 nimmt.

90 Wir werden den Erhalt jener baukulturellen Zeugnisse sicherstellen, die viel zur Identität
91 regionaler Strukturen beitragen. Die Förderung des Denkmalschutzes und die Stärkung der
92 Stiftung Denkmalschutz sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass gebaute Heimaten erhalten
93 bleiben können. Hierbei bedarf insbesondere die Förderung der Industriekultur einer
94 Neubestimmung. Der Erhalt und die Umnutzung von industriekulturellen Stätten bedarf eines
95 verstärkten (inter-)nationalen Austausches und einer gezielten Förderpolitik. Diese wollen wir
96 als Bundesaufgabe institutionalisieren, vor allem mit Blick auf die (bisher sieben) industriellen
97 Welterbe-Stätten.

98 Kultur- und Kreativwirtschaft

99 Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört zu den umsatz- und beschäftigungsstärksten Bereichen
100 unserer Volkswirtschaft. Deshalb gehören ihre Belange für uns auch in den kulturpolitischen
101 Blick. Sie brauchen ebenso wie die Kultur insgesamt eine eindeutige Verankerung auch auf der
102 Bundesebene. Es gibt herausragende Kunst, die ohne staatliche Förderung zustande kommt.
103 Damit das so bleibt, wollen wir ihre wirtschaftlichen Förderer unterstützen. Wir werden uns
104 daher auch um die entsprechenden Kulturmärkte zum Beispiel in Literatur, Kunsthandel und
105 Musik kümmern, ordnungspolitische Initiativen ergreifen und Marktrahmenbedingungen
106 gerade angesichts der Digitalisierungsumbrüche so gestalten, dass kulturwirtschaftlich
107 inhaltebezogene Geschäfts- und Erlösmodelle gestärkt werden. Dort, wo zunehmendes
108 Marktversagen festzustellen ist – wie beispielsweise bei den kleineren Literaturverlagen –
109 werden wir gezielte Förderinstrumente entwickeln, um kulturelle Vielfalt sicher zu stellen.

110 Dazu gehört auch die weitere Stärkung der kreativwirtschaftlichen Festivals für Film (Berlinale),
111 Literatur (Frankfurter und Leipziger Buchmesse) und Musik (Reeperbahnfestival), auf denen sich
112 deutsche Kreativakteur*innen in weltweiten Märkten positionieren können.

113 Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie werden wir dafür sorgen, dass die in Europa vereinbarte
114 Regelung präzise umgesetzt wird, um die berechtigten Ansprüche der Urheber und
115 Rechteinhaber auf den Schutz ihres geistigen Eigentums auch in der digitalen Welt durchsetzbar
116 zu machen.

117 Die auf unseren Druck hin eingeführte Förderung von Computerspielen wollen wir dauerhaft
118 verankern und besser mit anderen audiovisuellen Förderungen verzahnen. Computerspiele sind
119 ein Kulturgut.

120 Film

121 Der Film ist Teil deutschen Kulturguts und trägt wesentlich zur kulturellen Ausstrahlung
122 Deutschlands in der Welt bei. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für Filmschaffende. Wir
123 treten für eine wegweisende Novelle des Filmförderungsgesetzes ein, die die Einnahmehasis
124 sichert, die internationale Ausstrahlung deutscher Filme unterstützt, das Filmerbe bewahrt und
125 die Entscheidungsgremien effizienter ausgestaltet.

126 Bei der wirtschaftlichen Filmförderung wollen wir die Deutschen Filmförderfonds (DFFF 1+2),
127 und den German Motion Picture Funds unter dem Dach der Filmförderanstalt (FFA) besser
128 verzahnen. Die Abstimmung zwischen den Länderförderern und der FFA soll verbessert werden.

129 Ziel ist eine Filmförderung „aus einem Guss“. Das gilt auch für die Förderung künstlerisch
130 herausragender Filme.

131 Mit dem Ausfallfonds wurde ein Mittel geschaffen, um auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten die
132 Filmlandschaft zu erhalten. Hieraus werden wir Lehren für die Zukunft ziehen.

133 Im Steuersystem wollen wir die Rahmenbedingungen für internationale Ko-Produktionen
134 erhalten. Wir sehen zudem die Sender in der Pflicht ihren Beitrag für gute
135 Produktionsbedingungen zu leisten - sowohl finanziell wie auch im Hinblick auf Vergütungen
136 von Filmschaffenden.

137 Unsere vielfältige Kinolandschaft wollen wir erhalten durch die dauerhafte Etablierung der
138 Kinoförderung, welche wir investiv wie auch im Hinblick auf Programme ausgestalten wollen.
139 Eine nachhaltige Finanzierungsbasis ist nötig, um Kinos erfolgreich in die Zukunft zu führen und
140 die regionale Präsenz von Kinos als Kulturorten sicherzustellen.

141 Streaming-Angebote ebenso wie Medien- und Filmplattformen/-mediatheken verändern die
142 Produktionslandschaft nachhaltig. Der Kultur- und Wirtschaftsraum Europa wird mehr und
143 mehr auf Film und Filmproduktionen wirken. Um Zukunftskonzepte für die Filmförderung unter
144 diesen Rahmenbedingungen zu beraten, werden wir mit der Film-Community einen
145 „Zukunftsdialog deutscher Film“ starten.

146 Soziale Sicherung für Künstlerinnen und Künstler

147 Künstler*innen müssen mit ihren Gagen und Erlösen neben dem Lebensunterhalt auch Probe-,
148 Atelier- und Aufführungsräume finanzieren und sind oft in prekären
149 Beschäftigungsverhältnissen. Die Corona-Pandemie hat viele Kulturschaffende und
150 Kultureinrichtungen wie Theater, Kinos, Clubs und die gesamte Veranstaltungswirtschaft in eine
151 existentielle Krise gestürzt. Sie alle in dieser Krise und danach bestmöglich zu unterstützen, wird
152 eine unserer zentralen Aufgaben in den kommenden Jahren sein. Hierzu gehört auch, dass
153 Kulturförderung eine auskömmliche Finanzierung des Lebensunterhalts zum Beispiel durch
154 Mindestgagen und Ausstellungshonorare für freischaffende Künstler*innen sicherstellt.

155 Darüber hinausgehend werden wir das System sozialer Sicherung so weiterentwickeln, dass
156 Kulturschaffende und Kreative (und andere Solo-Selbständige wie Kulturvermittler*innen) auch
157 in freien und hybriden Beschäftigungsformen besser und vor allem krisenresilient abgesichert
158 sind. Neben der für uns unverhandelbaren Künstlersozialversicherung und den bereits
159 erreichten Verbesserungen in der Renten- und Krankenversicherung geht es vor allem um die
160 weitere Öffnung der sozialen Sicherungssysteme. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung so
161 weit zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, dass sie auch der freiwilligen Versicherung
162 gegen Einnahmeausfälle offensteht. Ein Angebot der solidarischen Absicherung würde soziale
163 Verwerfungen vermeiden helfen und die Gewährleistung des Existenzminimums durch die
164 Grundsicherung durch eine beitragsfinanzierte Leistung sinnvoll ergänzen. Darüber hinaus
165 werden wir die Regelungen für die oftmals unständig oder nur kurzzeitig befristet Beschäftigten
166 zum Beispiel im Bereich des Films und der Theater vereinfachen, um die soziale Absicherung zu
167 verbessern.

168 Kultur für alle

169 Sozialdemokratische Kulturpolitik erhebt den Anspruch, allen Bürger*innen den Zugang zu
170 Kunst und Kultur, unabhängig von Herkunft, Bildung, sozialer Lage und finanziellen Mitteln zu
171 ermöglichen. Ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot – offen für alle – ist das Ziel unserer
172 Politik. Wir werden uns mit Nachdruck darum kümmern, dass sich die Kultureinrichtungen
173 weiter öffnen können und Bemühungen um ein diversitätsorientiertes Audience Development
174 stärken. Wir werden Barrieren senken – auch materielle Barrieren. Wir wollen darüber hinaus

175 die Vielfalt in den kulturellen Einrichtungen mit gezielten Unterstützungsprogrammen stärken,
176 damit nicht nur die Programme und Angebote divers sind, sondern sich die Vielfalt unserer
177 Gesellschaft auch in den Kulturinstitutionen wiederfindet.

178 Wir wollen die Diversität und Geschlechtergerechtigkeit in Kunst und Kultur weiter ausbauen:
179 Mehr Frauen sollen Führungsverantwortung in Kultureinrichtungen übernehmen und
180 künstlerische Leistungen geschlechterunabhängig honoriert werden. Die Besetzung von Jurys,
181 Gremien, etc. muss quotiert erfolgen, damit das künstlerische Schaffen von Frauen angemessen
182 einbezogen werden kann.

183 Digitalisierung

184 Wir brauchen einen Pakt der digitalen kulturellen Teilhabe in Deutschland. Denn die
185 Digitalisierung stellt für den Kulturbereich Herausforderung sowie Chance zugleich dar. Die
186 große Herausforderung besteht insbesondere in ökonomischer Hinsicht. Durch eine
187 zunehmende Abwanderung von Kultur auf digitale Kanäle geht Wertschöpfung verloren;
188 finanzielle Einbußen sind die Folge. Gleichzeitig entstehen durch die digitalen Technologien,
189 verbunden mit innovativen Geschäftsmodellen und Konzepten, neue Möglichkeiten hinsichtlich
190 der Schaffung, Verbreitung, Verwertung und Öffnung des Kulturbereichs hin zu einem größeren
191 Nutzer*innenkreis.

192 Der Bund kann hier Entwicklungsimpulse setzen. Wir werden die Kultureinrichtungen an
193 gigabitfähige Netze anbinden und ihnen digitale Infrastrukturen ermöglichen. Wir werden die
194 Produktion und Verbreitung kultureller Inhalte fördern, indem wir die Digitalisierung von
195 Mediatheken vorantreiben und unser kulturelles Erbe sichern und besser zugänglich machen.
196 Wir werden die Entwicklung des Digitalen als künstlerischen Raum stärken und digitale
197 Kunstprojekte fördern. Nicht zuletzt werden wir auch die Entwicklung digitaler
198 Kulturveranstaltungen und Erlösmodelle durch Netzwerke, Beratung und finanzielle Mittel aktiv
199 unterstützen.

200 Kulturelle Bildung

201 Teilhabe an Kunst und Kultur ist ein Schlüssel zu Selbstbewusstsein, Persönlichkeitsentwicklung,
202 Bildung und Integration. Kulturelle Bildung ist daher eine Querschnittsaufgabe zwischen
203 Kulturpolitik, Jugendpolitik und Bildungspolitik. Wir wollen, dass der Bund sie auch in Zukunft
204 mit Programmen wie „Kultur macht stark“ fördert. Es geht um die Sicherstellung von
205 Verfügbarkeit als grundlegender und nachhaltiger Bestandteil von schulischer und
206 außerschulischer Bildung; um deren hohe Qualität von Programmen und Projekten, deren
207 Konzeption und Vermittlung. Kulturelle Bildung will mehr sein als nur Musik- und
208 Kunstunterricht im Fächerkanon. Fächerübergreifend, projektorientiert und mit Blick auf die
209 Schulentwicklung unterrichtet, entwickelt sie insbesondere für Kinder und Jugendliche großes
210 Potenzial. Entlang der Ergebnisse der UNESCO-Weltkonferenzen mit einer "Lissabon Road Map"
211 in 2006 und einer "Seoul Agenda" in 2010 sowie der "UNESCO-Agenda 2030 für nachhaltige
212 Entwicklung" und der "UNESCO-Konvention zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen" sollen
213 Prinzipien und Praktiken der kulturellen Bildung verstärkt dazu beitragen, die sozialen Aufgaben
214 und kulturellen Herausforderungen zu bewältigen.

215 Internationale Kulturpolitik

216 Wir wollen daher eine internationale Kulturpolitik, die als gesamtstaatliches Angebot in Kultur,
217 Wissenschaft und Bildung und Zivilgesellschaft Angebote zur grenzüberschreitenden
218 Zusammenarbeit macht. Eine solche Kulturpolitik versteht Deutschland als einen Teil Europas.
219 Sie soll deswegen sowohl die gesellschaftliche Zusammenarbeit in Europa durch Austausch und
220 Mobilität und gemeinsame Kunst- und Kulturproduktion stärken als auch die gemeinsamen

221 europäischen Werte wie Offenheit, Gleichheit, Freiheit und Humanismus betonen. Hierzu sollen
222 sowohl gemeinsame Kulturprojekte und -programme eingebracht werden. Wir werden die Stadt
223 Chemnitz als Europäische Kulturhauptstadt im Jahr 2025 unterstützen.

224 Bereits bestehende und vitale europäische Kulturnetzwerke, -plattformen und –akteur*innen als
225 Teil einer europäischen Zivilgesellschaft sind Partner staatlichen Handelns in der Kulturpolitik.
226 Nicht zuletzt spiegelt sich ein solches europäisches Verständnis auch im Außenverhältnis
227 Europas wider. Der gemeinsame Auftritt zum Beispiel des Goethe-Instituts und des Institut
228 Français zeigt, wie wir innerhalb Europas gemeinsam mit unseren Werten und den uns
229 gemeinsam herausfordernden Themen wie dem Kolonialismus umgehen können. Solche
230 Beispiele wollen wir ausbauen. Gleichzeitig wollen wir ihre Verschränkung mit den regionalen
231 Kulturakteuren in Deutschland intensivieren. Die von den deutschen Museen gemeinsam mit
232 Bund und Ländern konzipierte Museumsagentur sowie die Anlaufstelle für Kulturgüter aus
233 kolonialem Kontext sind Beispiele, wie Innen und Außen in der Kulturpolitik längst zu zwei
234 Seiten einer Medaille verschmolzen sind, und müssen entsprechend gemeinsam kooperativ
235 gestaltet werden.

236 Erinnerungskultur

237 Das Streben nach Freiheit, Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt ist der
238 Sozialdemokratie seit ihrer Entstehung eingeschrieben. Die große Emanzipationsgeschichte der
239 Arbeiterbewegung hat die Demokratie in Deutschland geprägt wie keine andere Kraft: Sie hat
240 die politische und rechtliche Gleichheit und Freiheit der Menschen in Deutschland durchgesetzt
241 und die Selbstentfaltung der Bürger*innen durch den Auf- und Ausbau des Sozialstaats
242 ermöglicht.

243 Wir setzen uns dafür ein, in neuer Weise für eine solidarische Gesellschaft zu streiten, die die
244 historischen Erfahrungen der alten Arbeiter*innenbewegung in das 21. Jahrhundert übersetzt.
245 Dazu zählt die Auseinandersetzung mit den sozialen und ökologischen Folgen des Kapitalismus.
246 Solidarisch zu sein heißt auch, den Rassismus und andere gruppenbezogene
247 Menschenfeindlichkeit in all seinen Formen zu bekämpfen.

248 Wir brauchen eine Erinnerungskultur, die Wissen vermittelt und Empathie schafft; die
249 Entwicklungen nachvollziehbar macht und hilft, das Damals und das Heute in all ihrer
250 Komplexität und Widersprüchlichkeit zu verstehen; die zeigt: Unsere Demokratie ist nicht
251 selbstverständlich, sondern wurde über viele Jahrzehnte erstritten und muss heute und
252 zukünftig verteidigt werden. Wir stehen für eine Erinnerungskultur, die keine Geschichtsbilder
253 vorgibt, sondern zur Reflexion, zum Hinterfragen der eigenen und der Anerkennung anderer
254 Perspektiven anregt. Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hat sich intensiv mit dem
255 Zivilisationsbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auseinandergesetzt. Das
256 Erstarren von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus stellt uns jetzt vor neue
257 Herausforderungen.

258 Wir wollen auch in Zukunft mit der Aufarbeitung allen Tendenzen zum Desinteresse,
259 Verschweigen und Bagatellisieren von Erfahrungen gesellschaftlicher Ausgrenzung,
260 Benachteiligung und Verfolgung in der Gesellschaft generationsübergreifend entgegenwirken.
261 Damit wollen wir auch die Menschen erreichen, die keinen familiengeschichtlichen Bezug zur
262 Geschichte des NS-Regimes haben, aber durch eigene Migrationsgeschichte Bezüge herstellen
263 können. Aufgrund der stetig abnehmenden Zahl Überlebender des NS-Vernichtungssystems ist
264 es uns Verpflichtung, ihr Erbe und ihr Zeugnis zu bewahren und sichtbar zu machen. Die
265 wissenschaftliche und gesichtsdidaktische Aufbereitung der Zeitzeugenberichte und des
266 Quellenmaterials zur NS-Zeit werden wir gezielt fördern.

267 NS-Verfolgung hat nicht nur in Auschwitz, Dachau und Buchenwald stattgefunden, sondern
268 buchstäblich überall in Europa. Aus diesem Grund ist die Gedenkstättenförderung des Bundes
269 finanziell weiter auszubauen und ihre europäische Vernetzung zu fördern. Wir werden eine
270 Stiftung einrichten, die insbesondere kleine Initiativen und Gedenkorte in die Lage versetzt,
271 Projekte des Gedenkens und Programme der Weiterbildung zu realisieren.

272 Ohne das Millionen von Opfern hinterlassende NS-Terroregime auf eine Stufe mit dem SED-
273 Unrecht zu stellen: Auch die Geschichte und Nachgeschichte der DDR prägen die innere
274 Verfasstheit der gesamten Bundesrepublik. Ein adäquater Umgang mit diesen Prägungen ist für
275 die Stabilität unserer demokratischen Ordnung von fundamentaler Bedeutung. Die
276 Aufarbeitung der vielfältigen, bis heute nachwirkenden Wertvorstellungen, die in der DDR-
277 Gesellschaft verhandelt, unterdrückt oder forciert wurden, bleibt daher eine zentrale
278 erinnerungskulturelle Aufgabe. Wir werden die Bundesstiftung Aufarbeitung stärken, damit
279 auch kleinere Vereine und Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur landesweit mehr
280 Unterstützung erhalten. Wir wollen die Projektförderung „Diktaturerfahrung und
281 Transformation“ fortführen. Und wir unterstützen die gemeinsam mit anderen europäischen
282 Staaten am European Green Belt/Iron Curtain voranzutreibende Anmeldung des „Grüne
283 Bandes“, der ehemaligen innerdeutschen Grenze, für das EU-Siegel „Europäisches Kulturerbe“
284 ebenso wie die sich daran anschließende Initiative des Deutschen Kulturrats und des BUND, das
285 „Grüne Band“ zum UNESCO-Weltkultur- und naturerbe erklären zu lassen.

286 Aus der Geschichte zu lernen, heißt auch, Schlüsse auf die aktuellen Gefährdungen unserer
287 Demokratie zu ziehen. Hierzu braucht es verstärkte schulische und außerschulische politische
288 Bildungsarbeit, mit der Demokratiebildung und demokratische Partizipation gestärkt werden.

289 Koloniales Erbe

290 Neben der Aufarbeitung der NS-Verbrechen und der DDR-Vergangenheit ist der Umgang mit
291 dem kolonialen Erbe in den zurückliegenden Jahren zu recht zum dritten großen
292 erinnerungskulturellen Thema geworden. Viel zu lange waren die von Deutschen verübten
293 Kolonialverbrechen ein blinder Fleck in unserer Erinnerungskultur. Erst seit wenigen Jahren
294 entsteht ein Bewusstsein für die langen Traditionslinien des Rassismus in unserem Land.

295 Wir wollen auch bundespolitisch die Entwicklung einer postkolonialen Erinnerungskultur
296 fördern. Zu ihr gehört ein veränderter Umgang mit kolonial belastetem Sammlungsgut in
297 Museen, der zu Rückgaben an die Herkunftsgesellschaften und zu einer vertieften
298 internationalen Kooperation führt. Wir wollen, dass die Arbeit am Humboldt-Forum in Berlin
299 hier Maßstäbe entwickeln und setzen wird. Wir intensivieren außerdem die Förderung der
300 Provenienzforschung durch das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste, stärken die Arbeit der
301 gemeinsam mit den Ländern errichteten Kontaktstelle bei der Kulturstiftung der Länder und
302 bauen die über die Museumsagentur geförderte internationale Kooperation aus. Zu ihr gehört
303 die Aufarbeitung und Kontextualisierung kultureller Zeugnisse, wie Denkmäler, Statuen und
304 Straßennamen. Wir werden ein bundesweites Register zu den umstrittenen Kolonialfiguren
305 aufbauen, um die Entscheidungsträgerinnen und -träger in den Orts-, Bezirks- und Stadträten zu
306 unterstützen. Es geht nicht um die Tilgung von Geschichte, sondern um ein erweitertes
307 Bewusstsein, dass zu einer vielfaltssensibleren und rassismuskritischeren gesellschaftlichen
308 Praxis in der Gegenwart führt.

309 Demokratiegeschichte

310 Wir halten es für notwendig, auch positiv an deutsche Geschichte zu erinnern. Die Erinnerung
311 soll ebenso dezentral sein, wie es das Streben um Demokratie gewesen ist. Herausragende Orte
312 der Demokratiegeschichte Deutschlands wie das Hambacher Schloss, die Frankfurter

313 Paulskirche, die Stätten der Weimarer Republik bis hin zu den Stätten der Friedlichen Revolution
314 wollen wir auf Bundesebene fördern. Wir unterstützen die Initiative des Bundespräsidenten, die
315 Frankfurter Paulskirche zu einer „Erinnerungsstätte für die Demokratie“ umzugestalten.